

Schwyz

Fragiles Gleichgewicht

Der Kanton Schwyz hat geschafft, was in den letzten Jahren kaum möglich schien: Die roten Zahlen im Finanzhaushalt sind schwarzen gewichen. Ob die erreichte Stabilität von Dauer sein wird, hängt nicht zuletzt von der Bevölkerung ab, die die Tiefsteuerstrategie weiterhin mittragen muss.

Von Manuela Talenta



Das Schwyzer Rathaus ist denkmalgeschützt und bekannt für die historische Fassadenmalerei von Ferdinand Wagner aus dem Jahr 1891. Hier tagen sowohl der Regierungs- als auch der Kantonsrat.

In früheren Jahren glichen die regierungsrätlichen Präsentationen des Budgets einem Trauerspiel. Gesenkte Häupter, ernster Blick, kaum ein Lächeln. So sahen sie aus. Der Wendepunkt kam im letzten Herbst: Vorgerecktes Kinn, klarer Blick, ein Lächeln auf den Lippen – so präsentierte Finanzdirektor Kaspar Michel den Voranschlag für 2018. Kein Wunder, denn das erste Mal seit langem durfte der FDP-Politiker einen Ertragsüberschuss verkünden; zwar nur bescheidene 11,8 Millionen Franken, aber immerhin. Ein paar Monate später, im März dieses Jahres, gab es eine weitere erfreuliche Präsentation: Die Staatsrechnung 2017 schloss mit einem Überschuss von fast 90 Millionen Franken ab, obwohl man eigentlich mit einem Minus von rund 46 Millionen gerechnet hatte. Nach dem Tiefpunkt 2014, als ein Defizit von 211 Millionen Franken hingenommen werden musste, ist dies das dritte positive Resultat in Folge, weshalb Michel denn auch versicherte, dass der Staatshaushalt nun stabilisiert sei.

Zeit für eine Steuersenkung?

Der Preis war allerdings hoch: Einschneidende Sparmassnahmen und höhere Steuern trafen vor allem den Mittelstand, obwohl auch die oberen Einkommensschichten mit einer zusätzlichen Progression zur Kasse gebeten wurden. Genau hier ortet die Regierung auch den Grund für das

positive Resultat. Die höheren Steuern haben allein 90 Millionen Franken in die Staatskasse gespült. Überhaupt wächst das Steuersubstrat stetig, wie ein Blick in die Steuerstatistik zeigt. Die neusten Zahlen aus dem Jahr 2014 zeigen einen Trend nach oben: Gegenüber dem Vorjahr wuchs das steuerbare Einkommen der Schwyzer um rund 20 Prozent auf etwas mehr als 8,5 Milliarden Franken. Das steuerbare Vermögen legte im gleichen Zeitraum um 12,5 Prozent auf rund 97 Milliarden zu.

Es ist daher kein Wunder, dass laut darüber nachgedacht wird, die Steuerbelastung wieder zu reduzieren. So sagte SP-Präsident Andreas Marty gegenüber dem «Boten der Urschweiz»: «Die unter Druck der leeren Staatskassen gemachten Kürzungen und Abbaumassnahmen müssen nun hinterfragt werden.» Auch die SVP sprach gemäss deren Präsident Roland Lutz über eine mögliche Steuersenkung. «Der Ruf dazu drängt sich auf den ersten Blick auf, aber wir wollen keine Hauruckübung.» Man wolle die Frage dann diskutieren, wenn die Grundlagen dafür da seien. Dies dürfte in Bälde der Fall sein, wenn es ums Budget für das nächste Jahr geht. Auch für die CVP ist eine Steuerfuss-Senkung «durchaus eine Option». Die tieferen Einkommen müssten nun um rund eine Million entlastet werden. «Wir können nicht die Gemeinden zu Senkungen auffordern und beim Kanton Geld

horten.» In der Tat: Das Eigenkapital des Kantons beträgt 180 Millionen Franken, das Nettovermögen liegt bei 70 Millionen.

Entlastung dank NFA-Reform?

Also wieder Friede, Freude, Eierkuchen im Schwyzer Land? Das hängt nicht zuletzt vom nationalen Finanzausgleich (NFA) ab, der den Kanton jedes Jahr viel Geld kostet – der Preis für die Tiefsteuerstrategie. Seit der Einführung des Ausgleichs im Jahr 2008 zeigt die Kurve nur in eine Richtung, und zwar nach oben. Die Beiträge sind um 155,6 Millionen gestiegen, also um satte 321 Prozent. Und es geht weiter: Für 2019 werden knapp 200 Millionen fällig, 5,7 Millionen mehr als für das laufende Jahr. Der Finanzdirektor kann dem Ganzen aber dennoch etwas Positives abgewinnen, wie er gegenüber dem «Höfner Volksblatt» sagte: «Wir müssen dankbar sein. Immerhin geht die Wachstumsrate gegenüber den Vorjahren leicht zurück.» Für ihn ist aber auch klar, dass der NFA angepasst werden muss. Denn heute erhalten die ressourcenschwachen Kantone eigentlich zu viel Geld. Das hat auch der Bundesrat erkannt und will einen Vorschlag umsetzen, den die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemacht hat. Die Reform kommt noch dieses Jahr ins Parlament. Gelingt sie, müssen die Geberkantone weniger einzahlen als heute – aber immer noch mehr als bei der Ein-

führung vereinbart worden war. Sogar die meisten Nehmerkantone stehen hinter der Anpassung. Bekämpft wird sie vor allem von den Kantonen Wallis und Jura. Sie befürchten künftige finanzielle Unsicherheiten. Dazu sagt der Schwyzer Finanzdirektor gegenüber dem «Höfner Volksblatt»: «Geberkantone wie Schwyz und Zug kämpfen seit 2008 mit solchen Unsicherheiten. Uns Schwyzern wollte man den NFA mit einer Belastung von rund 30 bis 40 Millionen Franken schmackhaft machen. Nächstes Jahr werden wir über 200 Millionen einzahlen!» Wenn diese Reform nicht umgesetzt werde, dann werde es schwierig. «Es folgt eine massive Entsolidarisierung der Geber von diesem wichtigen Ausgleichswerk, denn man ist nicht mehr bereit, auch künftig in einem ungerechten und überbordenden Ausgleichssystem gefangen zu sein.» Für ihn wäre es «folgerichtig, wenn sich auch die grossen Nehmerkantone endlich auf den Weg der Selbststärkung machen würden».

Mehr Arbeitsplätze?

Nebst der Reform des NFA ist natürlich auch das Wirtschaftswachstum ein wesentlicher Faktor für die langfristige Stabilisierung des Schwyzer Finanzhaushalts. Denn auch wenn es für dieses und auch noch nächstes Jahr gut aussieht, so könnte der Wind bereits 2020 wieder drehen. Wichtige Investitionen stehen an, die in den letzten Jahren aufgrund des leeren Portemonnaies

teilweise brachlagen. Der Wirtschaftsmotor muss also laufen. In ihrer Wirtschaftsprognose 2018 sieht die Schwyzer Kantonalbank ein BIP-Wachstum von 2,2 Prozent, dies wegen «durchwegs positiven Prognosen für alle Branchen». Ausserdem erwartet sie eine Erhöhung der Beschäftigung. Bereits letztes Jahr wurden 125 Stellen mehr geschaffen als abgebaut. Das sind zwar leicht weniger als 2016, doch liegt das an der aussergewöhnlichen Situation: Fast die Hälfte der 2017 abgebauten Stellen geht auf die Kappe der Ruag in Brunnen und der Charles Vögele AG in Pfäffikon. Ausserdem haben andere Firmen – darunter der Kanton als grösster öffentlicher und die Victorinox als grösster privater Arbeitgeber – diese Arbeitsplatzverluste wieder ausgeglichen. Der Trend zeigt jedenfalls grundsätzlich nach oben. Ein Hinweis darauf liefert auch das Handelsregister. Dort waren Ende 2017 17 699 Firmen im eingetragen, 591 mehr als im Jahr davor.

Und die Bevölkerung?

Mit dem Wirtschaftswachstum wird auch die Bevölkerung im Kanton Schwyz weiter zunehmen. 2017 stieg sie um 0,8 Prozent auf 155 778 Personen. Das wiederum treibt die Immobilienpreise in die Höhe. Wie in der Wirtschaftsbeilage des «Boten der Urschweiz» im Frühjahr nachzulesen war, sind die Preise für Wohneigentum im letz-

ten Quartal 2017 um durchschnittlich 3,7 Prozent gestiegen. Da weiter mit reger Nachfrage gerechnet wird, dürfte dieser Trend anhalten. Im Mietwohnungsmarkt sieht es ein wenig anders aus. 2017 waren mehr als 2000 Objekte ausgeschrieben, rund acht Prozent des gesamten Mietwohnungsbestands. Das liegt aber vor allem an der in den letzten Jahren stark angestiegenen Neubautätigkeit. Die Leerstandsquote bewegt sich mit 1110 Mietwohnungen nach wie vor auf tiefen 1,45 Prozent. Das ist zwar genug, um den Druck auf die Mieten zu erhöhen – aber für den «Ottonormalschwyzler» sind sie immer noch happig.

Stellt sich also die Frage, ob sich das ständige Wachstum letzten Endes als Fluch oder Segen für Herr und Frau Schwyzer herausstellt. Baudirektor Othmar Reichmuth ging in einem Referat im März genau dieser Frage nach. Er präsentierte interessante Zahlen: Demnach stieg der Gebäudebestand im Kanton Schwyz seit 1990 um 43 Prozent. Das entspricht 84 Prozent mehr Wohnungen als damals. Im gleichen Zeitraum nahmen die Baukosten um 30 Prozent zu. Die Mieten sind die fünftteuersten in der Schweiz.

Der CVP-Politiker hatte das schnelle Wachstum bereits 2012 als erster Bürgerlicher überhaupt öffentlich kritisiert. Das bescherte ihm nationale Aufmerksamkeit. In einem Artikel für die Mitgliederzeitschrift des Schwyzer Handels- und Industrievereins schrieb er damals frei von der Leber weg, was ihn beschäftigte: Hohe Baulandpreise, hohe Wohnungsmieten, steigende Gesundheitskosten, übervolle Bahnen und Strassen während der Stosszeiten. «Wollen wir das wirklich?», fragte er provokativ.

Der «Bote der Urschweiz» trägt sie mit einer Umfrage jedes Jahr auch in die Bevölkerung. Das Ergebnis? Seit der ersten Erhebung im Jahr 2008 hat die Zahl jener, die das Wachstum als Segen sehen, drastisch abgenommen. Für 60 Prozent ist es mittlerweile ein Fluch. Auch wenn jeweils nur 430 Personen telefonisch befragt werden; über die Jahre hinweg ergibt sich ein repräsentatives Ergebnis, das durchaus als Wink mit dem Zaunpfahl interpretiert werden darf. ■